

Wahlprüfsteine des SoVD zur Wahl des Europaparlaments 2014

Fragen an die Kandidatinnen und Kandidaten für das 8. Europäische Parlament

Die Sparpolitik in der EU führt dazu, dass insbesondere die nationalen sozialen Sicherungssysteme massiv in ihrer Funktionsfähigkeit beeinträchtigt sind. Die Umsetzung der Kürzungsvorgaben verletzt demokratische Grundsätze und Menschenrechte und gefährdet somit ernsthaft das „Projekt Europa“. Dies zeigt sich derzeit besonders am Beispiel einiger südeuropäischer Mitgliedstaaten. Deren „Staatsschuldenkrise“ ist auch Folge der öffentlich finanzierten Bankenrettung. Die Inanspruchnahme des „Euro-Rettungsschirms“ ist mit strengen Sparvorgaben verbunden, die Wirtschaft und Arbeitsmarkt dieser Staaten direkt beeinflussen und soziale Sicherungssysteme zerstört. Dabei sind insbesondere die Menschen, die auf Arbeit und einen funktionsfähigen Sozialstaat angewiesen sind, von den Auswirkungen der Krise betroffen.

Sparpolitik ist keine Lösung! Vielmehr muss der Fokus einer zukunftsfähigen und nachhaltigen europäischen Politik auf das gerichtet werden, was Gesellschaften befähigt, mit einer komplexen und ungewissen Umwelt umzugehen, Krisen zu bewältigen und Wohlstand für alle zu entwickeln.

Der Schlüssel zur Bewältigung ist dabei nach Meinung des SoVD ein Kurswechsel hin zu einem sozialen Europa mit solidarischen Krisenlösungen, mehr Transparenz und Demokratie sowie einem sozial ausgewogenen Programm. Dabei muss allerdings aus Sicht des SoVD klar sein, dass die konkrete Ausgestaltung der Sozialpolitik weiterhin Kernkompetenz der Nationalstaaten bleiben muss und soll.

Die Nachfolgestrategie zum Lissabon-Programm, die Strategie 2020, muss sozial ausgerichtet und vor allem mit Leben erfüllt werden. Nicht Wettbewerbsfähigkeit und der Markt sollten im Mittelpunkt stehen, sondern Nachhaltigkeit, Solidarität, Kohäsion und Gleichberechtigung. Wirtschaftliches Wachstum und eine neue Beschäftigung sowie soziale Verantwortung müssen als gleichrangig erkannt werden. Dabei sind der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung, der Ausbau sozialer Sicherungssysteme, eine gerechte Bildungs- und Teilhabepolitik und die Erhöhung der Lebensstandards und Mindestlöhne in allen Mitgliedstaaten Bereiche, in denen ein stärkerer Austausch sinnvoll ist.

Vor diesem Hintergrund richtet der SoVD die folgenden Wahlprüfsteine an die Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl des Europaparlaments.

Wahlprüfsteine des SoVD zur Wahl des Europaparlaments 2014

Fragen an die Kandidatinnen und Kandidaten für das 8. Europäische Parlament

1 Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosigkeit in vielen EU-Mitgliedstaaten hat seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise einen neuen Höchststand erreicht. Bereits umgesetzte Sparpakete und der im Dezember 2012 beschlossene Fiskalpakt schwächen die Kaufkraft der Menschen und damit die Binnenwirtschaft vieler Mitgliedstaaten massiv und vernichten so mittelbar auch Arbeitsplätze. Im Rahmen der Europäischen Union müssen daher schlüssige Konzepte für eine beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik entwickelt werden, um mehr und bessere Arbeit zu generieren.

Welche beschäftigungspolitischen Initiativen unterstützen Sie, um Arbeitsplätze zu schaffen?

Vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit in der EU ist eine zunehmende Verschlechterung qualitativer Arbeitsstandards zu verzeichnen. Viele Menschen arbeiten unter unwürdigen und prekären Bedingungen und erleiden dadurch nicht nur erhebliche gesundheitliche Nachteile. In Deutschland hat beispielsweise allein die Zahl der psychischen Erkrankungen aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen, erhöhter Arbeitsverdichtung etc. in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Eine humane Gestaltung der Arbeitswelt im Sinne einer „Guten Arbeit“ muss ein wesentlicher Aspekt bei der Schaffung von Arbeitsplätzen sein. Dabei ist die Re-Regulierung des Arbeitsmarktes mit wesentlichen und wirksamen Arbeitnehmerschutzvorschriften ein wichtiger Schritt, um die Arbeitsbedingungen humaner zu gestalten und grenzüberschreitenden Missbrauch durch prekäre Arbeitsverhältnisse auszuschließen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Konzept von „Guter Arbeit“, das die Europäische Union im Mai 2007 in ihre „Gemeinschaftsstrategie zu Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit für den Zeitraum 2007 bis 2012“ aufgenommen hat, umgesetzt wird?

Welche konkreten Schritte sind nach Ihrer Auffassung dafür erforderlich?

Prekäre Beschäftigungsformen und der wachsende Niedriglohnsektor haben dazu geführt, dass eine immer größere Anzahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zur Deckung ihrer Lebenshaltungskosten auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. Daher brauchen wir gesetzliche Mindestlöhne, die garantieren, dass bei einer Vollzeitbeschäftigung regelmäßig die angemessene Lebensführung und Teilhabe gewährleistet sind sowie in der Zukunft eine entsprechende, angemessene Rente gezahlt wird.

Werden Sie sich für die Einführung solcher Mindestlöhne und der Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse in allen EU-Mitgliedstaaten einsetzen?

Wahlprüfsteine des SoVD zur Wahl des Europaparlaments 2014 Fragen an die Kandidatinnen und Kandidaten für das 8. Europäische Parlament

② Jugend

Die Beschäftigungssituation von jungen Menschen in weiten Teilen Europas hat besorgniserregende Ausmaße erreicht, so dass schon von einer verlorenen Generation gesprochen wird. Derzeit sind in Europa mehr als fünf Millionen junge Menschen ohne festen Job. Soll ein geeintes Europa aber eine Zukunft besitzen, müssen die jungen Menschen die Chance zur Gestaltung ihrer Zukunft haben. Hierfür sind Grundvoraussetzungen eine gute Bildung, die Chance auf eine gute Ausbildung und eine gute anschließende Arbeitsstelle mit guten Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt. Hinsichtlich der zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit von der Europäischen Kommission bereitgestellten acht Milliarden Euro, bestehen nach Meinung des SoVD und der SoVD-Jugend jedoch erhebliche Zweifel, ob die bereitgestellte Summe für die Bewältigung der vorhandenen Arbeitsmarktprobleme auch nur annähernd ausreichend ist.

Wie sieht Ihr mittel- und langfristiges Konzept zur effektiven Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von jungen Menschen aus?

Wie setzen Sie sich für die Verwirklichung eines inklusiven Ausbildungs- und Arbeitsmarktes für junge Menschen mit Behinderungen ein?

③ Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen sind von sozialer Benachteiligung, Ausgrenzung und Diskriminierung in besonderer Weise bedroht und können ihre Rechte und Grundfreiheiten in der EU oft nur eingeschränkt wahrnehmen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass EU-weit verbindliche Vorgaben und Standards zur Barrierefreiheit vereinbart und umgesetzt werden, damit Menschen mit Behinderungen in der gesamten EU barrierefrei kommunizieren, mobil sein sowie beruflich und sozial teilhaben können und so ihre Grundfreiheiten – wie alle anderen Menschen auch – in Anspruch nehmen können?

Befürworten Sie, dass das Kriterium der Barrierefreiheit im europäischen Vergaberecht verbindlich vorgeschrieben und bei Ausschreibungen systematisch beachtet wird?

Welche konkreten Maßnahmen unterstützen Sie, damit bei europäischen Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiativen die Belange behinderter Menschen berücksichtigt werden und der Benachteiligung dieser Gruppe am Arbeitsmarkt gezielt entgegengewirkt wird?

Welche Initiativen halten Sie für die Inklusion von Menschen mit Behinderungen für notwendig, die dem allgemeinen Arbeitsmarkt derzeit nicht zur Verfügung stehen?

Welche Initiativen unterstützen Sie zur Umsetzung der durch die EU ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention?

Wahlprüfsteine des SoVD zur Wahl des Europaparlaments 2014

Fragen an die Kandidatinnen und Kandidaten für das 8. Europäische Parlament

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die 5. Antidiskriminierungsrichtlinie endlich verabschiedet wird, so dass Menschen beim Zugang zu Waren und Dienstleistungen nicht mehr wegen des Alters, einer Behinderung, des Geschlechtes, der sexuellen Ausrichtung oder ihrer Religion oder Weltanschauung diskriminiert werden und dass Menschen mit Behinderungen im Einzelfall auch gegen die Verweigerung von zumutbaren Anpassungen (z.B. Rampen an Geschäften) vorgehen können?

Was werden Sie unternehmen, damit die Rehabilitation als nationalstaatliche Kompetenz gesichert und nicht durch europäische Vorgaben, z.B. zum Vergaberecht, in ihrer hohen Qualität in Deutschland infrage gestellt wird?

4 Frauen

Die Gewährleistung der Gleichbehandlung stellt eines der grundlegenden Prinzipien der Demokratie dar. Doch trotz der Tatsache, dass Gleichstellung in den europäischen Mitgliedstaaten in den jeweiligen Verfassungen fest verankert ist, treffen Frauen in Europa im Alltag auf Diskriminierungen. In vielen Bereichen, wie Beschäftigung, Gehalt, Berufsausbildung, Arbeitsorganisation, Zugang zu verantwortungsvollen Positionen, Respektierung der Würde, Repräsentation im öffentlichen Leben sind Frauen und Männer noch immer nicht vollständig gleichgestellt.

Im EU-Durchschnitt liegt die geschlechtsspezifische Lohnungleichheit bei 16,2 Prozent.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Frauen EU-weit den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort sowie gleichen Zugang zur sozialen Sicherung erhalten?

Frauen sind in ganz Europa in Führungsgremien stark unterrepräsentiert: Sind Sie der Meinung, dass daher eine rechtsverbindliche Frauenquote eingeführt werden sollte?

In jedem europäischen Land kommt Gewalt gegen Frauen vor. Bis zu 45 Prozent aller Frauen sind von einer Form von Gewalt betroffen, 12 bis 15 Prozent von häuslicher Gewalt. Häusliche Gewalt ist nach Einschätzung des Europarates die Hauptursache für eine Gesundheitsschädigung oder sogar den Tod von Frauen zwischen 16 und 44 Jahren. – Noch vor Krebs oder Verkehrsunfällen. Und auch Frauenhandel ist im 21. Jahrhundert in Europa immer noch traurige Realität. Ca. 500.000 Frauen werden jährlich illegal in die EU gebracht und zur Prostitution gezwungen. Gewalt widerfährt Frauen aber auch durch Zwangsheirat, Vergewaltigung in der Ehe, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, demütigendes Verhalten oder Einschüchterung.

Welche konkreten Maßnahmen unterstützen Sie, die eine stärkere Sensibilisierung der europäischen Bürgerinnen und Bürger für das Thema Gewalt gegen Frauen und insbesondere zur häuslichen Gewalt zum Ziel haben? Welche Maßnahmen unterstützen Sie zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen?

Wahlprüfsteine des SoVD zur Wahl des Europaparlaments 2014 Fragen an die Kandidatinnen und Kandidaten für das 8. Europäische Parlament

5 Gesundheit

Die Gesundheitspolitik liegt auf Grund der Subsidiaritätsklausel zu Recht weitgehend in der Verantwortung der Nationalstaaten. Dennoch kann auch auf europäischer Ebene einiges unternommen werden, um für alle Patientinnen und Patienten in der Europäischen Union eine bedarfsgerechte Versorgung zu gewährleisten und die nationalen Gesundheitssysteme in ihrer Unterschiedlichkeit zu bewahren.

Die tragende Säule der gesundheitlichen Versorgung ist die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) mit der gemeinsamen Selbstverwaltung von Arbeitgebenden und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Der SoVD bemerkt derzeit auf verschiedenen Ebenen die Tendenz, das Gesundheitssystem immer stärker wettbewerblich und damit nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten auszurichten.

Werden Sie sich deshalb dafür einsetzen, dass der Charakter der GKV als öffentlich-rechtliche Körperschaft, welche nicht dem Wettbewerbs- bzw. Kartellrecht unterliegt, beibehalten wird?

Der Medizinprodukteskandal um minderwertige Brustimplantate hat z.B. gezeigt, dass die Patientensicherheit ein gesamteuropäisches Thema ist, welches länderübergreifend geregelt werden muss. Für den SoVD ist es in diesem Sinne wichtig, gesamteuropäische Regeln zu entwickeln, die bereits vor dem flächenmäßigen Einsatz Medizinprodukte auf ihren Nutzen für die Patientinnen und Patienten prüfen. Die derzeit in der Diskussion befindliche Verordnung wird diesem Gedanken nicht gerecht.

Werden Sie sich deshalb dafür einsetzen, dass neue Medizinprodukte erst ihren Nutzen nachweisen müssen, bevor sie auf den Markt gelangen? Werden Sie dafür Sorge tragen, dass diese Mindestanforderungen so ausgestaltet werden, dass es den Nationalstaaten unbenommen bleibt, weitergehende Anforderungen zu treffen?

Die Zunahme chronischer Erkrankungen ist nicht nur ein deutsches, sondern ein gesamteuropäisches Problem. Im Rahmen der europäischen Union muss daher gelten, die verschiedenen Konzepte einzelner Mitgliedstaaten zu vergleichen und positive Erfahrungen in andere Systeme zu übertragen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass im Rahmen der Prävention vor allem von chronischen Krankheiten durch einen Vergleich verschiedener Konzepte und Strategien für die Bevölkerung Nutzen bringende Programme identifiziert werden, die dann in die jeweiligen nationalstaatlichen Systeme übernommen werden können?

Wahlprüfsteine des SoVD zur Wahl des Europaparlaments 2014

Fragen an die Kandidatinnen und Kandidaten für das 8. Europäische Parlament

Zur gesundheitlichen Prävention ist nicht zuletzt eine Reduzierung von Umweltbelastungen erforderlich. Dies betrifft gesundheitsgefährdende Stoffe in Lebensmitteln und Gebrauchsgütern ebenso wie etwa Feinstaub- und Lärmemissionen im Verkehr.

Werden Sie sich für Marktregulierungen einsetzen, die zur raschen und wirksamen Reduzierung entsprechender Belastungen beitragen?

6 Pflege

Das Qualitätsniveau professioneller Pflegeleistungen ist in den EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich. Aus Sicht des SoVD ist es zwingend, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Wohnort Zugang zu einer ihrer Würde achtenden und qualitativ hochwertigen Pflege haben.

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um in den Mitgliedstaaten der EU einheitliche Mindeststandards hinsichtlich der Qualität von Pflegeleistungen zu erreichen?

Die Gesellschaften in vielen EU-Mitgliedstaaten altern. Dies stellt insbesondere die nationalen Pflegesysteme vor eine enorme Herausforderung.

Wie sieht Ihr Ansatz aus, dieser aus gesamteuropäischer Perspektive zu begegnen?

Allein in deutschen Haushalten pflegen und betreuen je nach Schätzung zwischen 100.000 und 800.000 Menschen als „Haushaltshilfen“ rund um die Uhr pflegebedürftige Menschen. Diese Beschäftigungsverhältnisse, die in Deutschland fast ausnahmslos von Frauen aus Osteuropa ausgeübt werden, finden jedoch in fast allen Mitgliedstaaten, in denen Gesellschaften vom demographischen Wandel und Pflegekräftemangel betroffen sind, statt. Da sie sich häufig in einer rechtlichen Grauzone bewegen, spricht man hierzulande bereits von einem sogenannten „grauen Pflegemarkt“.

Werden Sie Maßnahmen ergreifen, um der damit einhergehenden Ausbeutung dieser Arbeitskräfte wirkungsvoll entgegenzuwirken? Wenn ja: Welche?

Die Europäische Berufsanerkennungsrichtlinie regelt die Anerkennung von Berufsqualifikationen in den EU-Mitgliedstaaten und vereinfacht Verwaltungsverfahren. Sie spielt einerseits bei der Migration u.a. von Pflegekräften innerhalb der Europäischen Union eine maßgebliche Rolle, beeinflusst andererseits aber auch nationale Zugangsvoraussetzungen zu Ausbildungsberufen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass zukünftig anstelle einer festen Zahl an Schuljahren ein einheitliches Qualifikationsniveau als Zugangsvoraussetzung zu den Pflegeberufen geschaffen wird?

Wahlprüfsteine des SoVD zur Wahl des Europaparlaments 2014
Fragen an die Kandidatinnen und Kandidaten für das 8. Europäische Parlament

7 Alterssicherung

Die Ausgestaltung der nationalen Alterssicherungssysteme ist originäre Aufgabe der EU-Mitgliedstaaten, nicht der EU. Damit soll den in den Mitgliedstaaten historisch gewachsenen und sehr unterschiedlichen Alterssicherungssystemen Rechnung getragen werden.

Sind Sie mit uns der Meinung, dass die Ausgestaltung der nationalen Alterssicherungssysteme auch in Zukunft originäre und eigenverantwortliche Aufgabe der Mitgliedstaaten sein sowie der Versuch der EU, in nationale soziale Sicherungssysteme einzugreifen, unterbunden werden muss?

Teilen Sie unsere Auffassung, dass insbesondere die Festlegung des Rentenniveaus und des Leistungsspektrums zu diesen Kernaufgaben der Mitgliedstaaten gehört?

In den vergangenen Jahren wurde die Koordinierung auf europäischer Ebene auch im Bereich der Rentenpolitik erheblich ausgebaut. Dabei stehen unter dem Schlagwort finanzieller „Nachhaltigkeit“ stets die Kosten der Renten- und Pensionssysteme, nicht aber ihre Leistungsseite im Vordergrund.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Leistungsseite künftig im Mittelpunkt der Koordinierungsbemühungen auf europäischer Ebene rücken wird?

In dem sogenannten Weißbuch Rente vom 16. Februar 2012 spricht sich die EU-Kommission unter anderem dafür aus, das Renteneintrittsalter an die steigende Lebenserwartung zu koppeln. Für den SoVD ist die Frage des Renteneintrittsalters jedoch weniger eine Frage nach der Finanzierbarkeit, sondern vielmehr eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit.

Sind Sie mit uns der Auffassung, dass die Festlegung der Altersgrenzen für den Rentenbeginn zu den originären und eigenverantwortlichen Aufgaben der Mitgliedstaaten gehört?

Sprechen Sie sich mit uns dagegen aus, das Renteneintrittsalter automatisch an die steigende Lebenserwartung zu koppeln?

Wahlprüfsteine des SoVD zur Wahl des Europaparlaments 2014

Fragen an die Kandidatinnen und Kandidaten für das 8. Europäische Parlament

8 Gerechte Finanzierung sozialer Leistungen

Die Einkommen und Vermögen in den Mitgliedstaaten der EU sind höchst ungleich verteilt. Die öffentlichen Haushalte stehen vor einem enormen Schuldenberg. Es fehlen die finanziellen Mittel, um in Infrastruktur und Bildung zu investieren sowie die notwendigen öffentlichen und sozialen Leistungen zu erbringen. Es folgt ein stetiger Leistungsabbau im sozialen Bereich. Die Gewinne der Unternehmen steigen, doch die Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer halten nicht Schritt und stagnieren faktisch seit Jahren. Steigende Massensteuern und Abgaben sowie die Inflation führen zu erheblichen Kaufkraftverlusten. Die sich ausbreitende private und öffentliche Armut gefährdet die sozialstaatlichen Errungenschaften und den sozialen Frieden in Europa.

Aus Sicht des SoVD ist in den Mitgliedstaaten eine veränderte Verteilung der Abgaben notwendig.

Werden Sie sich dafür einsetzen, Einkommen und Vermögen in Europa mit dem Ziel umzuverteilen, vorhandene Ungleichheit zu beseitigen und Armut wirksam zu bekämpfen?

Mit seinen Vorgaben verlangt der Fiskalpakt den Mitgliedstaaten eine rigorose Sparpolitik ab. Darin haben sie sich zu Schuldenbremsen und nahezu ausgeglichenen öffentlichen Haushalten verpflichtet.

Teilen Sie unsere Sorge, dass in Folge der Umsetzung des Fiskalpakts mit weiteren Kürzungen in den nationalen sozialen Sicherungssystemen und bei den Einrichtungen und Leistungen der Daseinsvorsorge zu rechnen ist? Was wollen Sie dagegen tun?